

Niederschrift  
über die 15. Sitzung des Bau- und Vergabeausschusses  
am 13.01.2017 in Köln, Landeshaus  
- öffentlicher Teil -

**Anwesend vom Gremium:**

**CDU**

Bündgens, Willi  
Boss, Frank  
Diekmann, Klaus  
Giebels, Harald  
Hurnik, Ivo  
Krebs, Bernd  
Müller, Michael  
Schönberger, Frank  
Sonntag, Ullrich

für Blondin, Marc  
Vorsitzender

**SPD**

Böll, Thomas  
Kösling, Klaus  
Ciesla-Baier, Dietmar  
Schulz, Ursula  
Soloeh, Barbara  
Walter, Karl-Heinz  
Kaske, Axel

für Mahler, Ursula

für Wietelmann, Margarete

**Bündnis 90/DIE GRÜNEN**

Klemm, Ralf  
Tuschen, Johannes-Jürgen  
Warnecke, Uwe Marold

**FDP**

Haupt, Stephan  
Wallutat, Philipp

**Die Linke.**

Schulte, Felix

**Freie Wähler/Piraten**

Benoit, Andreas

**Verwaltung:**

Herr Limbach  
Herr Althoff  
Herr Stölting  
Frau Höwing  
Frau Kessing  
Frau Kaulhausen  
Herr Brach  
Herr Mietz  
Herr Krichel

ELR  
Landesrat 3  
FBL 31  
Leiterin ZEK im FB 11  
LVR-Stabsstelle Dez. 9  
Abteilungsleiterin im FB 31  
Abteilungsleiter im FB 31  
LVR-Fachbereich 21  
LVR-Stabsstelle Dez. 3/Protokoll

## Tagesordnung

### Öffentliche Sitzung

### Beratungsgrundlage

1. Anerkennung der Tagesordnung
2. Vortrag zur Vergaberechtsreform im Liefer- und Dienstleistungsbereich durch die Leiterin der Zentralen Einkaufskoordination (ZEK) beim LVR, Frau Höwing
3. Niederschrift über die 14. Sitzung vom 02.12.2016
4. Berichte aus Netzwerken und Stiftungen durch die Verwaltung
5. LVR-Frida-Kahlo-Schule Sankt Augustin/ Erweiterung am Standort Bonn-Villich hier: Vorstellung der Planungen und der Kosten **14/1761 B**
6. Förderprogramm NRW.BANK.Gute Schule 2020 Maßnahmenkonzept sowie digitales Konzept des LVR als Fördervoraussetzung **14/1787 E**
7. Beschlusskontrolle
8. Anfragen und Anträge
9. Mitteilungen der Verwaltung
10. Verschiedenes

### Nichtöffentliche Sitzung

11. Niederschrift über die 14. Sitzung vom 02.12.2016
12. LVR-Frida-Kahlo-Schule Sankt Augustin/Dependance in Bonn-Villich hier: Vergabe von Planungsleistungen **14/1799 B**
13. LVR-Archäologischer Park Xanten/Entdeckerforum hier: Vergabe der Heizungs-, Sanitär-, Lüftungs- und Klimaanlageplanung **14/1731 B**
14. LVR-Archäologischer Park Xanten/Entdeckerforum hier: Vergabe der Elektro- und Nachrichtentechnikplanung **14/1732 B**
15. LVR-Archäologischer Park Xanten/Entdeckerforum hier: Vergabe der Tragwerksplanung **14/1757 B**
16. Erwerb eines Teileigentums am Grundstück Paracelsusstraße 17 in 51375 Leverkusen, verbunden mit dem Sondereigentum an zwei Etagen eines Gebäudes auf dem Gelände des Klinikums Leverkusen gGmbH. **14/1720 K**
17. Baucontrollingbericht **14/1779 K**
18. Beschlusskontrolle

19. Anfragen und Anträge
20. Mitteilungen der Verwaltung
21. Verschiedenes

Beginn der Sitzung:	09:30 Uhr
Ende öffentlicher Teil:	10:20 Uhr
Ende nichtöffentlicher Teil:	10:40 Uhr
Ende der Sitzung:	10:40 Uhr

## **Öffentliche Sitzung**

### **Punkt 1**

#### **Anerkennung der Tagesordnung**

Die Tagesordnung wird anerkannt.

### **Punkt 2**

#### **Vortrag zur Vergaberechtsreform im Liefer- und Dienstleistungsbereich durch die Leiterin der Zentralen Einkaufskoordination (ZEK) beim LVR, Frau Höwing**

Die Leiterin der Zentralen Einkaufskoordination (ZEK) beim LVR, **Frau Höwing**, referiert zur Vergaberechtsreform im Liefer- und Dienstleistungsbereich und stellt die neue Struktur, die wesentlichen Änderungen im Oberschwellenbereich, das Verfahren zur Umstellung auf die eVergabe sowie den aktuellen Umsetzungsstand beim LVR vor. Abschließend erfolgt ein Ausblick auf die anstehenden Reformen im Unterschwellenbereich.

Hinweis: Der Vortrag von Frau Höwing ist dieser Niederschrift als **Anlage** (Anlage 1) beigelegt.

**Herr Hurnik** erkundigt sich nach dem Geltungsbereich der TVgG-Siegel der an den Vergabeverfahren teilnehmenden Wirtschaftsunternehmen. **Frau Höwing** erläutert, dass die TVgG-Siegel länderspezifisch vergeben würden. Die Träger des TVgG-NRW-Siegels erhielten somit innerhalb des Landes Nordrhein-Westfalen einen einjährigen Nachweis, alle Kriterien des TVgG zu erfüllen. Bundesweit agierende Wirtschaftsunternehmen hätten in der Konsequenz mehrere TVgG-Siegel nachzuweisen. **Herr Hurnik** erkundigt sich nach dem Verfahrenszeitpunkt der Vorlage der Eignungsnachweise am Vergabeverfahren teilnehmender Bieter sowie nach der Rechtsverbindlichkeit elektronischer Signaturen im Bereich der eVergaben auf Seiten der Verfahrensführer und Bieter. **Frau Höwing** führt aus, dass die Eignungsnachweise erst im Anschluss an die Bieterauswahl vorzulegen seien. Bei nachträglichem Bekanntwerden einer Nichteignung habe eine erneute Bieterauswahl zu erfolgen. Die Signaturzertifizierung der Verfahrensführer sei über die Bekanntmachung der Einzelvergaben auf den jeweiligen Onlineplattformen sichergestellt. Die verschiedenen Formen der elektronischen Bietersignaturen, so **Frau Höwing**, stünden für unterschiedlich strenge Anforderungen insbesondere im Hinblick auf

Authentizität, Integrität sowie Verbindlichkeit. Rechtlich geregelt seien aktuell drei elektronische Signaturarten. So unterscheidet man nach der "einfachen elektronischen Signatur" (Anforderungen an die Textform müssen nach § 126b BGB erfüllt sein), der "fortgeschrittenen elektronischen Signatur" (darf nach Einzelfallprüfung gefordert werden, wenn erhöhte Sicherheitsanforderungen bzgl. der übermittelten Daten bestehen) und der "qualifizierten elektronischen Signatur" (darf nach Einzelfallprüfung gefordert werden, wenn erhöhte Sicherheitsanforderungen bzgl. der übermittelten Daten bestehen). **Frau Höwing** führt aus, dass der öffentliche Auftraggeber die Wahlfreiheit habe, eine bestimmte Signaturqualifizierung einzufordern. Die LVR-ZEK, so **Frau Höwing**, lasse alle drei Signaturformen im eVergabeverfahren - gemäß aktueller gesetzlicher Regelung - zu.

**Herr Hurnik** bittet Frau Höwing um Darstellung der Einsatzbereiche von Vordrucken im Vergabeverfahren. Ausschreibungsunterlagen in Papierform, so **Frau Höwing**, kämen in den Vergabeverfahren im Unterschwellenbereich (bis 25.000 € Wertgrenze) in welchem gem. dem vorliegenden Entwurf der UVgO keine eVergabe vorgeschrieben ist, zum Einsatz. Im Bereich der strategischen Vergabeverfahren des LVR werde in den Competence-Centern jedoch auch unterhalb der Schwelle in Höhe von 209.000€ die eVergabe bis auf wenige Ausnahmen verbindlich umgesetzt (siehe auch Folie 15).

**Herr Haupt** erkundigt sich - vor dem Hintergrund der Durchführung von In-House-Vergaben - nach den Möglichkeiten der Umsatzgenerierung kommunaler Eigengesellschaften auf Drittmärkten. **Frau Höwing** erläutert, dass kommunale Eigengesellschaften bis zu 20% ihres Umsatzes auf Drittmärkten ohne öffentliche Ausschreibung generieren dürften. Bei Überschreitung dieses Richtwertes unterliege die Eigengesellschaft dem Wettbewerb. **Herr Haupt** bittet Frau Höwing um Darstellung der Verfahrensvereinfachung bei Vergaben im Oberschwellenbereich für Leistungen von Werkstätten für Menschen mit Behinderungen. **Frau Höwing** führt aus, dass der Auftraggeber zunächst zu prüfen habe, ob das Ausschreibungssegment von einer entsprechenden Einrichtung realisiert werden könne. Im Anschluss bestehe die Möglichkeit, den Wettbewerb auf den Teilnehmerkreis von Werkstätten für Menschen mit Behinderungen bzw. qualifizierten Integrationsunternehmen zu beschränken und weitere private Unternehmer vom Verfahren auszuschließen.

**Herr Haupt** erkundigt sich nach den rechtlichen Vorgaben zur Bieterregistrierung. Die Ausschreibungsunterlagen, so **Frau Höwing**, seien ohne vorherige Registrierung einsehbar. Die Registrierung habe erst bei der Angebotsabgabe zu erfolgen.

**Herr Hurnik** bittet Frau Höwing um tabellarische Zusammenstellung aller Vergabemöglichkeiten sowie der entsprechenden Wertgrenzen als Anlage zur Niederschrift.

Hinweis: Die tabellarische Zusammenstellung ist dieser Niederschrift als **Anlage** (Anlage 2) beigefügt.

### **Punkt 3**

#### **Niederschrift über die 14. Sitzung vom 02.12.2016**

Die Niederschrift wird genehmigt.

#### **Punkt 4**

##### **Berichte aus Netzwerken und Stiftungen durch die Verwaltung**

**Frau Kessing** - für das LVR-Dezernat Kultur und Landschaftliche Kulturpflege anwesend  
- berichtet aus den Netzwerken und Stiftungen:

#### **1. MIQUA**

Die Bedenken hinsichtlich möglicher vom Rautentragwerk ausgehender Sichteinschränkung auf die Synagoge und Mikwe wurden anhand eines Modells simuliert und haben sich dabei nicht bestätigt. Hinsichtlich der Frage zur Unterbringung der Museumspädagogik, eines Vortragsraumes und der Sicherheitszentrale habe die Stadt Köln neben dem Ratskeller Räumlichkeiten im Spanischen Bau, anliegend an die Eingangssituation zum Praetorium geprüft, u.a. in Bezug auf Kosten- und Sicherheitsaspekte. Im nächsten Lenkungskreissitzung soll das vorgelegte Ergebnis bewertet und abschließend diskutiert werden. Für die Umsetzung des Sicherheitskonzepts sei eine Fachfirma beauftragt worden. Der Museumsname MIQUA sei im LA am 16.12.2016 beschlossen worden.

#### **2. Vogelsang iP**

Der Vogelsang iP sei zur Lösung der aktuellen Liquiditätsproblematik gemäß LA-Beschluss vom 16.12.2016 ein weiteres Darlehen zugesichert worden.

#### **Punkt 5**

##### **LVR-Frida-Kahlo-Schule Sankt Augustin/ Erweiterung am Standort Bonn-Villich hier: Vorstellung der Planungen und der Kosten Vorlage 14/1761**

**Herr Hurnik** erkundigt sich nach den baulichen Möglichkeiten, durch die Anhebung der Dachkonstruktion weitere Lager- und Abstellfläche entstehen zu lassen. **Herr Althoff** führt aus, dass innerhalb der Planungen ausreichend Lagerfläche vorgesehen sei. Im Hinblick auf die zeitlich befristete Nutzung des Erweiterungsbaus sei zudem der Aspekt der Wirtschaftlichkeit im Auge zu behalten. **Herr Klemm** erkundigt sich nach dem von der Verwaltung vorgesehenen Nutzungszeitraum des Erweiterungsbaus sowie nach den Überlegungen zur zukünftigen Schulentwicklung der LVR-Frida-Kahlo-Schule. **Herr Althoff** erläutert, dass das Schulhauptgebäude in Sankt-Augustin stark sanierungsbedürftig sei und Abwägungen zwischen einer Gebäudesanierung und einem Schulneubau aktuell wirtschaftlich zu treffen seien. Er fügt ergänzend hinzu, dass bei einem Schulneubau in Sankt Augustin und gleichzeitiger Zusammenlegung beider Standorte auch die Aufgabe der Dependance in Bonn-Villich geplant sei. Aktuell sehe man einen Nutzungszeitraum des Erweiterungsbaus von fünf bis acht Jahren vor.

Der Bau- und Vergabeausschuss fasst **einstimmig** - ohne Enthaltung - folgenden Beschluss:

Der Planung und den Kosten in Höhe von 2.656.675,00 € (brutto) für die Erweiterung des Schulgebäudes der LVR-Frida-Kahlo Schule, Förderschwerpunkt Körperliche und motorische Entwicklung, Aussenstelle Bonn-Villich, wird gemäß Vorlage 14/1761 zugestimmt. Die Verwaltung wird mit der Durchführung beauftragt.

## **Punkt 6**

### **Förderprogramm NRW.BANK.Gute Schule 2020 Maßnahmenkonzept sowie digitales Konzept des LVR als Fördervoraussetzung Vorlage 14/1787**

Der Bau- und Vergabeausschuss fasst **einstimmig** - ohne Enthaltungen - folgenden empfehlenden Beschluss:

1. Das Maßnahmenkonzept als Grundlage für die Inanspruchnahme der Förderung aus dem Förderprogramm „NRW.BANK.Gute Schule 2020“ wird beschlossen.
2. Das Konzept hinsichtlich der systematischen Prüfung der Möglichkeit leistungsfähiger Breitbandanschlüsse sowie der gebäudeinternen Netzinfrastruktur (digitales Konzept) aller Schulgebäude wird zur Kenntnis genommen.

## **Punkt 7**

### **Beschlusskontrolle**

Die Beschlusskontrolle wird zur Kenntnis genommen.

## **Punkt 8**

### **Anfragen und Anträge**

Es liegen keine Anfragen und Anträge vor.

## **Punkt 9**

### **Mitteilungen der Verwaltung**

**Herr Althoff** erinnert an die am 07. Februar 2017 stattfindende, gemeinsame Sondersitzung des Bau- und Vergabeausschusses mit dem Umweltausschuss zu den Themenfeldern "Lebensdauerkosten" und "Ressourcensparendes Planen und Bauen".

## **Punkt 10**

### **Verschiedenes**

Es liegen keine Wortbeiträge vor.

Köln, den 25.01.2017

Der Vorsitzende

Boss

Köln, den 20.01.2017

Die Direktorin des Landschaftsverbandes  
Rheinland  
In Vertretung

Althoff

# Vergaberechtsreform

## im Liefer- und Dienstleistungsbereich

Bau- und Vergabeausschuss  
am 13.01.2017

# Vergaberechtsreform

## **I. Oberschwellenrecht**

- 1. EU-Richtlinien**
- 2. Neue Struktur**
- 3. wesentliche Änderungen**
- 4. Umsetzung beim LVR**
- 5. Bewertung der Reform**

## **II. Unterschwellenrecht**

- 1. Ausblick**
  - 1.1 Unterschwellenvergabeordnung**
  - 1.2 Landesgesetz TVgG**
- 2. Bewertung**

# Vergaberechtsreform

## Oberschwellenrecht (ab 209T EUR)

➤ **in Kraft seit 18.04.2016**

### Ausnahme eVergabe @

➤ **18.04.2017 für zentrale  
Beschaffungsstellen**

➤ **18.04.2018 für alle anderen  
öffentlichen Auftraggeber**



# 1. EU-Richtlinien des Europäischen Parlaments und des Rates



## Klassische Richtlinie

- Richtlinie 2014/24/EU
- über die öffentliche Auftragsvergabe



## Sektorenrichtlinie

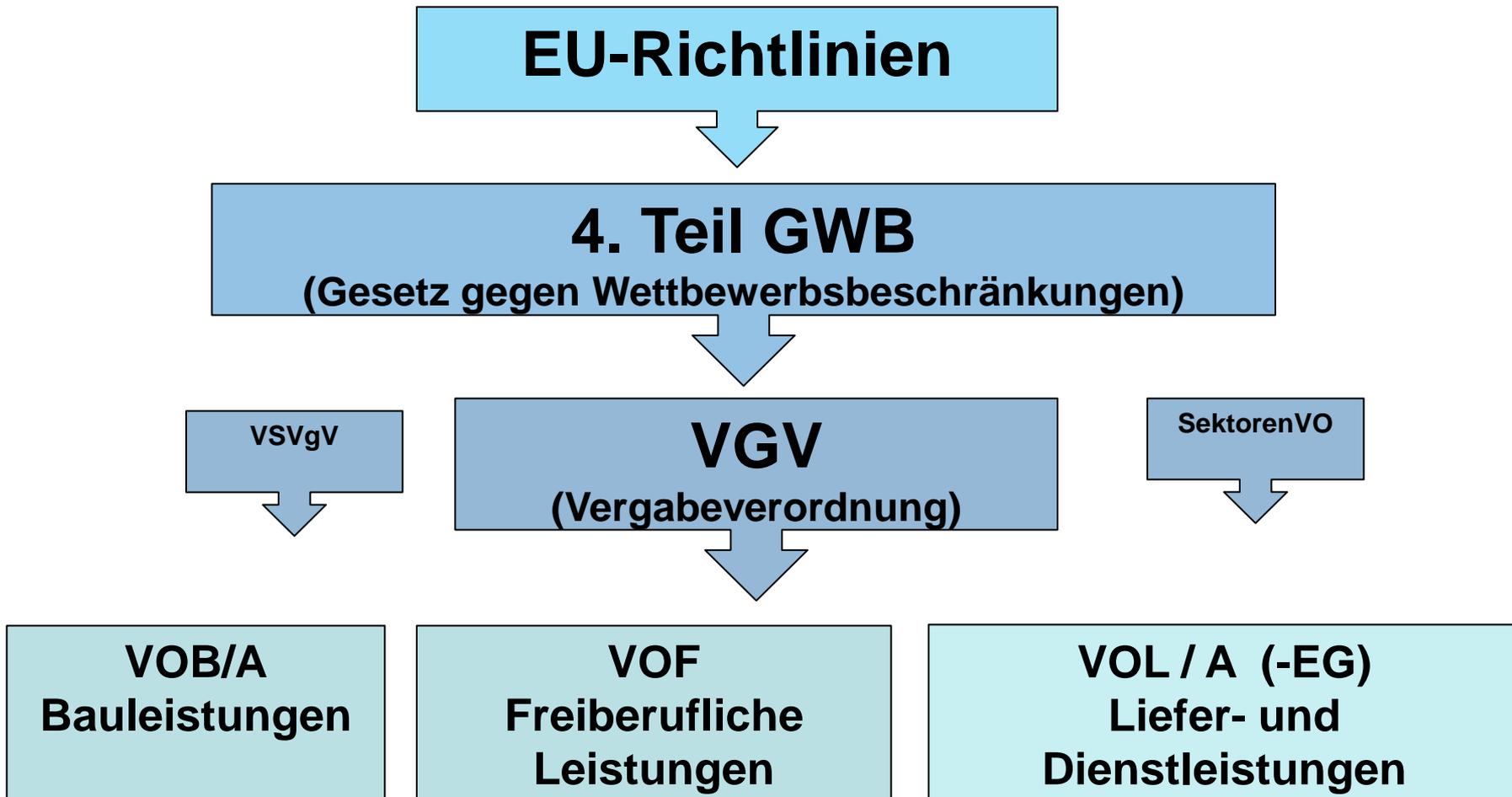
- Richtlinie 2014/25/EU
- über die Vergabe von Aufträgen durch Auftraggeber im Bereich der Wasser-, Energie- und Verkehrsversorgung sowie der Postdienste



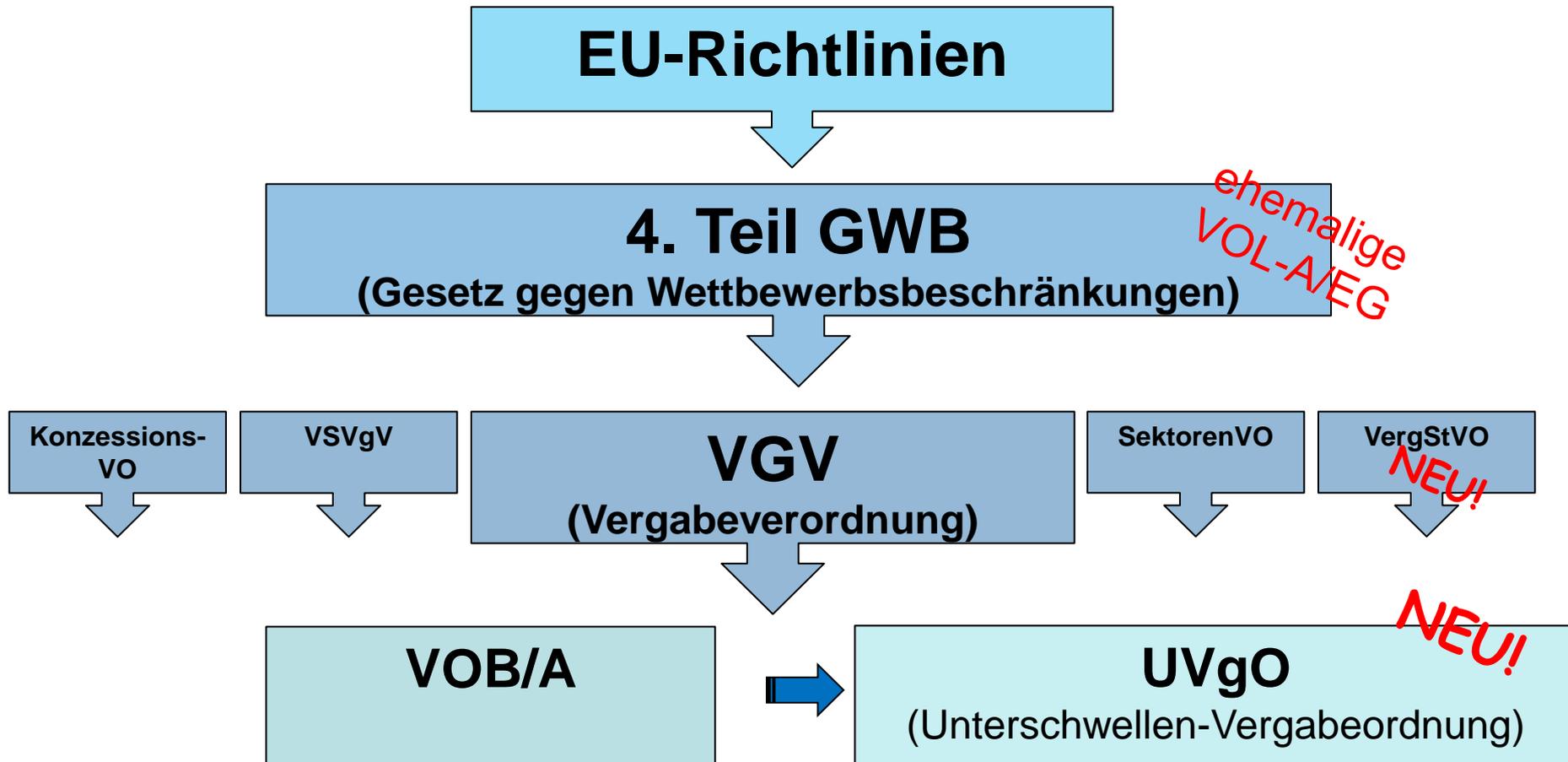
## Konzessionsrichtlinie

- Richtlinie 2014/23/EU
- über die Konzessionsvergabe

# Das Kaskadensystem im Vergaberecht **ALT**



# Das Kaskadensystem im Vergaberecht **NEU**



## 2. Neue Struktur ab 18.04.2016

### Neue Struktur (über den EU-Schwellenwerten)

- **GWB (Gesetz über Wettbewerbsbeschränkungen, Teil 4)**
  - enthält Grundsatzbestimmungen  
wurde überarbeitet, neu strukturiert und erheblich erweitert  
→ von bisher 34 auf 89 Paragraphen angewachsen

ehemalige  
VOL-A/EG

- **VgV (Vergabeverordnung)**
  - konkretisiert GWB-Regelungen  
wurde erheblich überarbeitet; insbesondere Aufnahme der  
Regelungen aus alter VOL/A - 2. Abschnitt und VOF  
(Vergabeordnung über freiberufliche Leistungen)  
→ von bisher 11 auf 82 Paragraphen angewachsen

- **Wegfall VOF u. VOL im Oberschwellen-Bereich**

## 3. Wesentliche Änderungen im Oberschwellenbereich

- ➔ **Wahl zwischen offenem und nicht-offenem Verfahren (§ 14 VGV)**
- ➔ **Ausweitung der Möglichkeiten zu Verhandlungsverfahren (§ 17 VGV)**
- ➔ **Stärkung und Weiterentwicklung der nachhaltigen Beschaffung (§§34, 49, 59 VGV)**
- ➔ **Stärkerer Einfluss in die Bewertung von sozialen, ökologischen und innovativen Aspekten (§§ 31,49 VGV)**

## 3. Wesentliche Änderungen im Oberschwellenbereich

- ➔ **Einführung der Einheitlichen Europäischen Eigenerklärung (EEE) der Bieter gem. § 50 VgV**
- ➔ **Einhaltung der Entlohnungs- und arbeitsrechtlichen Bestimmungen bei der Ausführung von öffentlichen Aufträgen (§§ 124, 128 GWB)**
- ➔ **Umsetzung der öffentlich-öffentlichen Zusammenarbeit aus der EU-Regelung ins GWB (§ 108 GWB)**

## 3. Wesentliche Änderungen im Oberschwellenbereich

- ➔ **Mittelstands-Förderung §§ 97 GWB, 30,75 VgV**
  - => **Losaufteilung**
  - => **Höchstgrenze für Nachweise zum Mindestumsatz**
  
- ➔ **Belange von Menschen mit Behinderungen  
Barrierefreiheit bei techn. Spezifikationen (§§ 58,  
64, 118 GWB)**
  - => **Zuschlagskriterium „Design für alle“**
  - => **Aufträge nur an geschützte Werkstätten  
(mind. 30 % Menschen mit Behinderungen oder  
benachteiligte Personen beschäftigt)**

## **3. Wesentliche Änderungen im Oberschwellenbereich**

- ➔ **Selbstreinigung von Bieterern § 125 GWB**  
⇒ Heilung von Ausschlussgründen
  
- ➔ **Einführung eines zentralen bundesweiten  
Vergabeausschlussregisters (§§122 GWB,  
48 VIII VgV)**

## 3. Wesentliche Änderungen im Oberschwellenbereich



**Pflicht zur eVergabe**



**§§ 97 Abs. V GWB, 9 Abs. I VgV-E**

**„Für das Senden, Empfangen,  
Weiterleiten und Speichern von Daten  
in einem Vergabeverfahren verwenden  
Auftraggeber und Unternehmen  
grundsätzlich elektronische Mittel.....“**

# 3. Wesentliche Änderungen im Oberschwellenbereich

**Umstellung auf die eVergabe**

u.a. Art. 22, 53 der Richtlinie 2014/24(EU)

- ➔ **gesamte Kommunikation grundsätzlich elektronisch**
- ➔ **Informationsaustausch elektronisch**

**Bekannt-  
machung**

**Zurver-  
fügung-  
stellen  
der  
Vergabe-  
unterlagen**

**Bieter-  
fragen-  
manage-  
ment**

**Einreichen  
von  
Angeboten**

**Zuschlag**

# Übergangsfristen nach der EU-Richtlinie

18.04.2016

**e-Bekanntmachung / umfassender  
Zugang zu Vergabeunterlagen**

18.04.2017

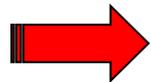
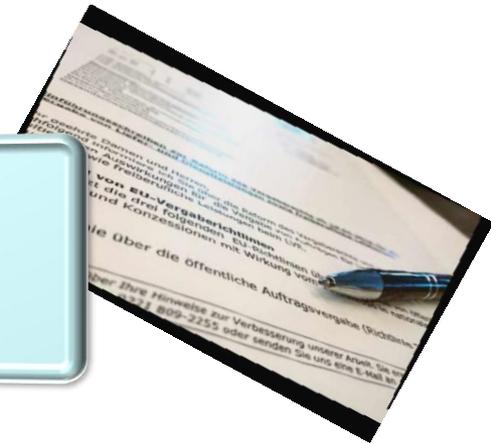
**e-Kommunikation bei zentraler  
Beschaffungsstelle**

18.04.2018

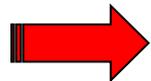
**umfassende eVergabe für alle  
anderen AG verpflichtend**

## 4. Umsetzung beim LVR: Organisatorische Maßnahmen zur Vergaberechtsreform

Einführungsschreiben  
vom 02.05.2016



**Umsetzung im Bereich des strategischen Einkaufs  
für die strategischen Verfahren oberhalb der  
Warengruppenwertgrenzen**



**eVergabe auch im Unterschwellenbereich (unter  
209 T Euro)**

## 4. Umsetzung beim LVR: Organisatorische Maßnahmen zur Vergaberechtsreform

Fortbildungen für alle  
strategischen Einkäufer/innen

- **rechtliche Auswirkungen**
- **Verhandlungstraining**
- **April 2016**



## 4. Umsetzung beim LVR Organisatorische Maßnahmen zur Vergaberechtsreform

Umstellung eVergabe  
logistische und vergaberechtliche Software

**2015**

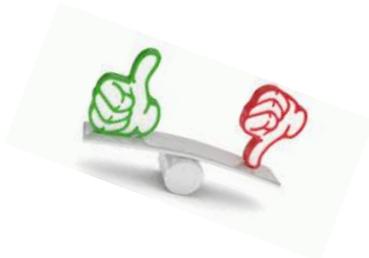
- **Informationsschreiben an 2.500 Geschäftspartner**
- **Pressebericht**
- **Erstellung Bietervideo (eVergabe)**
- **Mehrere Bieterveranstaltungen des LVR (mit IHK)**
- **im regelmäßigen Austausch mit LWL**



## 5. Bewertung

**Ziel der Reform: Vereinfachung**

**Vorteile:**



- **Verhandlungsverfahren**
- **Nachhaltigkeit**
- **Mittelstandförderung**
- **eVergabe**

**Nachteile:**

- **viele Regelungen nicht gut durchdacht**
- **fehlende Rechtsprechung**

## **II. Unterschwellenrecht**

### **1. Unterschwellenvergabe-Ordnung (UVgO)**

#### **1.1 Ausblick**

#### **1.2 Bewertung Entwurf**

### **2. Landesgesetz Tariftreue- u. Vergabegesetz (TVgG NRW)**

#### **2.1 Ausblick**

#### **2.2 Bewertung**

## II. Unterschwellenrecht

### 1.1 Entwurf der Unterschwellenvergabe-Ordnung (UVgO)

- Entwurf der UVgO im Herbst 2016 seitens des BMWI (Bundesministerium für Wirtschaft und Energie)
- geplante Veröffentlichung 01/2017 im Bundesanzeiger
  - Angleichung an Oberschwellenrecht
- direkte Auswirkung auf den LVR nur durch
  - ➔ **„Anwendungsbefehl“ des Landes NRW**
  - ➔ **im LVR Übernahme in die Dienstanweisung**

## II. Unterschwellenrecht

### 1.1 Entwurf der Unterschwellenvergabe-Ordnung (UVgO)

#### Eckpunkte

- Wertgrenze Direktkauf 1.000,- €
- rein elektronisches Verfahren für öffentliche Ausschreibungen ab 01.01.2020 (ab 01.01.2019 ist elektronische Kommunikation zu akzeptieren)
- Zugang zu Vergabeunterlagen entsprechend VgV
- Aufbewahrung und Vertraulichkeit könnten Auswirkung auf die operativ Einkaufenden haben
- Auftragsänderung bis zu 20% ohne Vergabeverfahren
- freiberufliche Leistungen unterfallen zukünftig ebenfalls der UVgO

ab 25.000€

## II. Unterschwellenrecht

### 1.2 Bewertung

#### UVgO



**Vorteile** - grundsätzlich Angleichung  
an Oberschwellenrecht zu  
befürworten

**Nachteile** - umfangreicheres Regelwerk  
- Gestaltungsspielräume werden  
eingeschränkt

## II. Unterschwellenrecht

### 2.1 Landesgesetz Tariftreue- und Vergabegesetzes (TVgG)

#### Hintergrund:

- spätestens vier Jahre nach Inkrafttreten des TVgG-NRW (§ 22 II TVgG-NRW)
- Auftrag durch das Ministerium für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk des Landes NRW (MWEIMH) an die Kienbaum Management Consultants GmbH
- Beteiligung des LVR mittels Teilnahme an Umfragen und Interviews der Kienbaum GmbH

## II. Unterschwellenrecht

### 2.1 Landesgesetz Tariftreue- und Vergabegesetzes (TVgG)

#### Eckpunkte des Referentenentwurfs:

- neue Wertgrenzen
  - grundsätzlich ab 20.000,- €
  - Umwelt+ILO (§§6,7) ab 5.000,- €
- keine Vorabbekanntmachung von freihändigen Vergaben mehr erforderlich
- Bestbieterprinzip
- Einrichtung einer Servicestelle
- Etablierung eines TVgG-NRW-Siegels
- TVgG-NRW-Mindestlohn nur noch zu fordern, wenn der bundeseinheitliche darunter liegt

## II. Unterschwellenrecht

### 2.1 Landesgesetz Tariftreue- und Vergabegesetzes (TVgG)

#### **Eckpunkte des Referentenentwurfs : Konnexität(-sfolgenausgleich)**

- das Vorliegen einer Konnexität wird in den Erläuterungen zum Gesetzesentwurf verneint
- KostenausgleichsVO ist zum 13.12.2016 in Kraft getreten

 **Inkrafttreten im Frühjahr 2017 geplant**

## II. Unterschwellenrecht

### 2. 2 Bewertung

#### TVgG NRW

##### Vorteile

- Verschlankung der RVO
- Erhöhung der Wertgrenzen

##### Nachteile

- neues Zertifikat für die ILO-Kernarbeitsnorm fraglich
- keine einheitl. Wertgrenzen
- Angleichung des vergabespez. an gesetzl. Mindestlohn



Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit !



Monika Höwing, Zentrale Einkaufskoordination  
Tel. 0221 / 809-2212  
[monika.hoewing@lvr.de](mailto:monika.hoewing@lvr.de)

# Vergabeverfahren und ihre Wertgrenzen

## Unterschwellenbereich = nationale Verfahren

Verfahrensart	Wertgrenze	rechtl. Grundlage*
Direktkauf	bis 499,99 €	§ 3 VI VOL/A
Freihändige Vergabe ohne Teilnahmewettbewerb Anfrage bei mindestens 3 Marktteilnehmenden	von 500 bis 29.999,99 €	§ 3 V VOL/A
Freihändige Vergabe ohne Teilnahmewettbewerb Anfrage bei mindestens 5 Marktteilnehmenden	von 30.000 bis 99.999,99 €	§ 3 V VOL/A
Freihändige Vergabe mit Teilnahmewettbewerb	von 500 bis 99.999,99 €	§ 3 V VOL/A
freihändige Vergabe mit und ohne Teilnahmewettbewerb ausschl. mit Zustimmung der LVR-Fachbereichs- oder Betriebsleitung	von 100.000 bis 208.999,99 €	§ 3 V VOL/A
Beschränkte Ausschreibung ohne Teilnahmewettbewerb gem. § 3 III und IV VOL/A Anfrage bei mindestens 3 Marktteilnehmenden	von 500 bis 29.999,99 €	§ 3 III und IV VOL/A
Beschränkte Ausschreibung ohne Teilnahmewettbewerb gem. § 3 III und IV VOL/A Anfrage bei mindestens 5 Marktteilnehmenden	von 30.000 bis 99.999,99 €	§ 3 III und IV VOL/A
Beschränkte Ausschreibung mit Teilnahmewettbewerb	von 500 bis 99.999,99 €	§ 3 III und IV VOL/A
Öffentliche Ausschreibung	von 500 bis 208.999,99 € €	§ 3 I VOL/A

\* rechtliche Grundlage Dienstanweisung für das Ausschreibungs- und Vergabewesen des LVR auf Basis der konkret benannten vergaberechtlichen Vorschriften

# Vergabeverfahren und ihre Wertgrenzen

## Oberschwellenbereich = eu-weite Verfahren

Verfahrensart	Wertgrenze	rechtl. Grundlage*
Offenes Verfahren	ab 209.000 €	§§14,15 VgV
Nicht offenes Verfahren mit Teilnahmewettbewerb gem. §§ 14, 16 VgV		§§ 14, 16 VgV
Verhandlungsverfahren mit und ohne Teilnahmewettbewerb gem. §§ 14, 17 VgV		§§ 14, 17 VgV
Wettbewerblicher Dialog gem. §§ 14, 18 VgV		§§ 14, 18 VgV
Innovationspartnerschaft gem. §§ 14, 19 VgV		§§ 14, 19 VgV

\* rechtliche Grundlage Dienstanweisung für das Ausschreibungs- und Vergabewesen des LVR auf Basis der konkret benannten vergaberechtlichen Vorschriften